

26. Landesvertreterversammlung am 26. und 27. November in Friedrichshafen

Entscheiden – aber nachhaltig

► Über Architektur wird nicht erst seit heute gestritten – und insofern war der Ort der 26. Landesvertreterversammlung der Architektenkammer Baden-Württemberg gut gewählt. Denn vor 25 Jahren hatte Friedrichshafen ein „kleines Stuttgart 21“ erlebt. Anlass des Konflikts, der erst durch einen Bürgerentscheid beendet wurde, war der Bau des Graf-Zeppelin-Hauses, wo am 26. und 27. November 2010 mehr als 100 Delegierte tagten.

„Heute ist das Haus die gute Stube unserer Stadt und wird als architektonische Glanzleistung gefeiert“, berichtete **Dr. Stefan Köhler**, 1. Bürgermeister der Stadt Friedrichshafen, in seinem Grußwort. „Das zeigt, dass man die Dinge langfristig betrachten muss“, sagte er und wurde anschließend noch deutlicher: Für die Region Bodensee-Oberschwaben sei nicht nur die Elektrifizierung der Südbahn, sondern ein zügiger Ausbau von „Stuttgart 21“ und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm „existenziell bedeutend“. Ebenso wichtig für die junge Stadt Friedrichshafen, die 2011 erst ihren 200. Geburtstag feiert, sei der Wandel zur Wissenschaftsstadt, wie Köhler erläuterte.

Gute Schritte“ und Reformbedarf

Kristin Keßler, Ministerialdirigentin im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg lenkte den Blick auf berufspolitische Themen. Sie erinnerte an die „endlich vollzogene Novellierung“ der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), mahnte aber weiteren Reformbedarf hinsichtlich der Leistungsbilder an. Die im Juni 2010 in Kraft getretene Vergabeverordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) bezeichnete sie einen „guten Schritt auf gutem Wege“, leider sei der gemeinsam mit der Architekten- und der Ingenieurkammer entwickelte VOF-Leitfaden noch nicht hinreichend bekannt. „Wir sind bereit, nachzubessern, wenn sich das nicht ändert“, versprach Keßler. Im Fall der Städtebauförderung habe man zwar die „Nacht- und Nebelaktion“ im Bauausschuss

des Bundestages, die eine Halbierung der Fördermittel auf 305 Millionen Euro zur Folge gehabt hätte, halbwegs korrigieren können. Dennoch empfahl Keßler den Delegierten, Gästen „nicht nur die schönsten Seiten zu zeigen“.

Genau wie Keßler gratulierte auch **Rainer Wulle**, Präsident der Ingenieurkammer Baden-Württemberg, zum neuen Architektengesetz, das seit 20. Oktober 2010 in Kraft ist. An die Adresse der Politik fügte er jedoch hinzu: „Wer A sagt, muss auch I sagen. Wir warten auf das Ingenieurgesetz.“ Stellvertretend für die „ebenso enge wie notwendige Zusammenarbeit“ bei der Berufsvertretungen nannte Wulle den 8. Vergabetag und den HOAI-Prozess. „Im engen Schulterschluss traten beide Kammern auf und haben dafür gesorgt, dass der Novellierungsmotor weiter volle Fahrt behält“, freute sich Wulle.

TV-Präsenz im März

Gute Nachrichten hatte **Ulrich Müller**, Vorsitzender des SWR-Verwaltungsrats, mitgebracht. Im März wird der TV-Sender im März drei je 30-minütige Architektur-Einführungen ausstrahlen. Kein Zweifel ließ der CDU-Landtagsabgeordnete für den Bodenseekreis indes daran, dass er eine stärkere öffentliche Verankerung der Architektur für „dringend notwendig“ hält. „Wie können wir verhindern, dass wir in einer komplexeren Welt zu Fachidioten werden, die sich nichts mehr zu sagen haben?“, fragte Müller das Plenum. „Unsere Gesellschaft zusammenzuhalten, ist eine Riesenaufgabe“, setzte er fort. Dabei gehe es „nicht nur ums Überzeugen, sondern auch um Verlässlichkeit und Berechenbarkeit“, schloss Müller. „Ohne ein Stück Vertrauen des Bürgers geht es nicht.“

Blick zurück ohne Zorn

Welche Themen die Zunft jenseits des Reizthemas der Stunde bewegen, machte anschließend Präsident **Wolfgang Riehle** deutlich. Er nannte die Novellierung der HOAI „einen der größten Erfolge unserer berufspolitischen Arbeit“, de-



Fotos: Uwe W. Beier

Für den gastgebenden Bezirk begrüßte Prof. Winfried Engels die Delegierten im Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen. Grußworte überbrachten (v. o.) Bürgermeister Köhler, Ministerialdirigentin Keßler, Präsident Wulle und der Vorsitzende des SWR-Verwaltungsrats, Ulrich Müller.



Architektur vermittelt... im SWR-Fernsehen: „Nie wieder keine Ahnung“ am 10., 17. und 24. März, jeweils um 22:30 Uhr



Präsident Wolfgang Riehle legte über drei Legislaturperioden Rechenschaft ab

ren nächster Meilenstein deren Fortschreibung sein soll. „Ebenfalls von existenzieller Bedeutung“ sind für Riehle die Bemühungen um eine Novellierung des Werkvertragsrechts. Er sprach sich für eine Beseitigung von Missständen bei den Architekten und Ingenieuren aus. Nötig sei es vor allem, die „völlig unausgewogene gesamtschuldnerische Haftung“ so zu modifizieren, „dass alle möglichen Verursacher von Mängeln oder Schäden entsprechend ihrer jeweiligen Verantwortlichkeit haften.“ Schließlich seien es zurzeit „in aller Regel“ die Architekten, „die die Zeche zahlen: Weder die Bauindustrie noch die beteiligten Handwerksbetriebe trifft eine vergleichbare Verpflichtung.“ Sein bundespolitisches Resümee beendete Riehle mit einem Hinweis auf das Thema „Nachhaltigkeit“, dem auf der Expo Real 2010 in München zum dritten Mal in Folge ein Gemeinschaftsstand der Bundesarchitektenkammer und der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) gewidmet war.

Auf Landesebene freute sich Riehle über „drei große Erfolge“: Der Anfang 2010 vorgestellte VOF-Leitfaden habe ein vielversprechendes Feedback erfahren. „Wir müssen allerdings dafür sorgen, dass er in allen Ämtern bekannt wird.“ Denn Ziel des Leitfadens sei es, die vielfach überzogenen Anforderungen bei der Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen auf das notwendige Maß zu beschränken. Auch die jahrelangen Interventionen und Beiträge zur neuen Landesbauord-

nung, die am 1. März 2010 in Kraft trat, seien „im Wesentlichen“ erfolgreich gewesen. Als „ganz besonders erfreulich“ bezeichnete Riehle schließlich das neue Architektengesetz, bei dem der Landtag „insbesondere unserer Forderung nach einer vierjährigen Mindeststudienzeit als Eintragungsvoraussetzung für alle Fachrichtungen entsprochen hat – eine „zwingende Voraussetzung“ für die automatische Anerkennung im europäischen Ausland. „Außerordentlich“ dankte Riehle dem Wirtschaftsministerium, vertreten durch Kristin Keßler, und den Landtagsabgeordneten für einen „gelungenen Gesetzesentwurf“.

Kammerintern beklagte Riehle zwar die „überst überschaubare Wahlbeteiligung“, kam aber insgesamt zu einem positiven Fazit. Die Frage „Was tut die Kammer für uns?“ vor Jahren noch regelmäßig gestellt, tauche im Schriftverkehr nicht mehr auf.

Dies war das Stichwort für Riehles weiten Blick zurück auf die bislang zwölf Jahre seiner Präsidentschaft. Es war ein Blick zurück ohne Zorn. So habe sich das dreigliedrige Kammer-System nachdrücklich bewährt. Die AKBW sei „bundesweit die einzige Kammer, die so konsequent flächendeckend aufgestellt ist“.

Weiter ausgebaut habe man die Öffentlichkeitsarbeit. Die stufenweise Liberalisierung der Werberichtlinien sowie die Schritt für Schritt aufgegebene Verfolgung von Akquisitionsleistungen zeigten „beispielhaft den Wandel von zunehmend realitätsfremden und praxisfeindlichen Sanktionen hin zu einer Unterstützung der Berufsträger in ihrer täglichen Arbeit. Dazu gehöre auch die „Abkehr von der einer Überhöhung so genannter Künstler-Architekten“.

Zudem habe die Architektenkammer in den vergangenen zwölf Jahren viele neue Wege beschritten: beginnend mit der Einführung des Architekten bzw. Stadtplaners im Praktikum (1999) bis hin zu den seit 2005 begonnenen strategischen Partnerschaften mit Landesministerien und alljährlichen Messebeteiligungen.



**Zukunft
Architektur:
nachhaltig
entscheiden**

Für uns und die nachfolgenden Generationen – das Motto der AKBW für 2011

Jahresthema Nachhaltigkeit

Ein positives Fazit also, wenn auch manche Herausforderung weiterhin bestehe, etwa die weiter wachsende Zahl „alternativer“ Planungskonkurrenz. „Es ist uns nicht gelungen, die Zahl der geregelten Wettbewerbe nachhaltig zu erhöhen“, so Riehle mit Blick auf aktuelle Zahlen. Gut 40 Wettbewerbe im Jahr 2010 sind weit entfernt von Hochzeiten mit bis zu 140 Verfahren. Auch die Nachwuchsgewinnung für die Kammerarbeit sei noch zu optimieren.

Schließlich appellierte Riehle an die Delegierten, sich dem Megathema „Nachhaltigkeit“ „weiterhin und verstärkt“ zu widmen, denn „nicht zuletzt in unserem Wissen und Handeln zur Nachhaltigkeit liegt der Schlüssel für künftige Lebensqualität“. Entsprechend sein Vorschlag für das Jahresmotto 2011: „Zukunft Architektur: nachhaltig entscheiden.“

Abschied von Weggefährten

Schließlich bedankte Riehle sich bei langjährigen Weggefährten: bei den Fachvertretern Brigitte Banzhaf, Jürgen Lehnhoff und Dr.-Ing. Bernd Fahle, die nicht mehr zur Wahl standen; und nicht zuletzt und ganz persönlich bei Dr.-Ing. Eckart Rosenberger, dessen Ära nach 20 Jahren als Vizepräsident in Friedrichshafen zu Ende ging. „Du, lieber Eckart, hast mein Leben mit einem Telefonanruf im Frühjahr 1998 entscheidend verändert, in dem Du mir vorgeschlagen hast, für das Präsidentenamt zu kandidieren. Ich hoffe, Du hast diesen Anruf ebenso wenig bereut wie ich!“



Dr.-Ing. Eckart Rosenberger wirkte über fünf Amtsperioden als Vizepräsident

Rosenbergers letzter Bericht

Nein, er bereue es nicht, antwortete **Dr.-Ing. Eckart Rosenberger** in seinem letzten Bericht als Vizepräsident. Er erinnerte an die „Geburtswehen“ bei der Bildung der Großen Kammer und auf dem Weg zu einem besseren Verständnis untereinander. Angesichts aktueller Tendenzen habe es erst recht keinen Sinn mehr, „uns nach Tätigkeitsarten auseinander dividieren zu lassen“, befand Rosenberger. „Deregulierung und Privatisierung sind schließlich Entwicklungen, die allgemein schwer mit unseren baukulturellen Zielen in Einklang zu bringen sind.“ „Wo zum Beispiel der Bauherr öffentliche Hand nicht mehr durch Architekten vertreten ist, wird zunächst weniger und später hin gar nicht mehr mit freien Architekten geplant und gebaut“, so Rosenberger weiter. Baukultur sei immer auch Verfahrenskultur, und dort stelle sich im Hinblick auf den Städtebau mehr denn je die Frage, „wer letztendlich das Sagen hat“: Kommunen oder Investoren?

Damit verbunden ist für Rosenberger die Frage der Qualifikation. Besorgnis erregend sei, dass in den neun Großstädten Baden-Württembergs nur noch drei Baubürgermeister Architekten seien. Wenn aber zunehmend fachfremde Besetzungen auch auf Amtsleiterebene die Regel würden, „dürfte die baukulturelle Kompetenz solcher Stadtverwaltungen gegen Null gehen. Dort wird nur noch verwaltet und nicht mehr gestaltet.“

In diesem Zusammenhang wies Rosenberger auf einen aktuellen Flyer des Arbeitskreises

der angestellten und beamteten Architekten hin, „mit dem auch Laien klargemacht werden kann, dass Architekten und Stadtplaner auf Grund ihrer Ausbildung besonders prädestiniert sind, Führungsaufgaben im Planungs- und Baubereich zu übernehmen“. Überdies zeigten positive Beispiele, dass sich Engagement von Kammergruppen vor Ort auszahle: So gelang es in Schorndorf die schon beschlossene Einsparung der Baubürgermeisterstelle wieder rückgängig zu machen; wurde in Leonberg die Stelle des Baudezernenten nach zwei Jahren wieder eingerichtet; und rang die Freiburger Architektenkammer dem Freiburger Oberbürgermeister ab, die von ihm gestrichene Baubürgermeisterstelle wieder neu einzurichten.

Welcher Stellenwert einer fachlich qualifizierten Bauverwaltung zukommt, belegen laut Rosenberger zudem Public Privat Partnership-Maßnahmen (PPP). „Immer dort, wo es qualifizierte Bauverwaltungen gibt, sind die Ergebnisse befriedigend“, in Mittelstädten und kleineren Kommunen sei dagegen häufig das Gegenteil der Fall. Hierzu wies Rosenberger auch auf das Buch „PPP – Besser Planen“ hin, das von der Expertengruppe der BAK erarbeitet und gemeinsam mit dem Bundesbauministerium herausgegeben wird. Allgemein, so Rosenberger, sei PPP „nach diversen Pannen eher auf dem Rückzug“. Im Vormarsch dagegen seien Generalübernehmerprojekte, „die uns in der Wettbewerbsstatistik abhanden kommen“.

Im Zuge der Deregulierung gerate auch das Kammerwesen immer wieder in die politische Diskussion. „Die Politik wird nicht müde, bewährte Instrumente der Qualitätssicherung in Frage zu stellen“, warnte Rosenberger. Dabei sei „niemand besser als die Kammer“ in der Lage, der Öffentlichkeit zu erklären, was Planungs- und Baukultur für unsere Gesellschaft bedeute. Damit Architekten auch zukünftig gefragt seien. Voraussetzung sei dafür jedoch eine ständige Modernisierung. Angesichts von 12.700 freiwilligen Mitgliedern, einem stark



Druckfrisch lagen zur LVV vor: v. l. „Besser mit Architekten“ und „Sie suchen die beste Lösung?“



ausgebauten Dienstleistungsangebot sowie der immer wichtigeren Rolle des Versorgungswerkes zeigte sich Rosenberger am Ende seiner Amtszeit optimistisch, dass das Ziel erreicht wird.

Bereits vor zwei Jahren hatte der heute 66-Jährige angekündigt, sein Amt als Vizepräsident in jüngere Hände legen zu wollen. Er dankte allen Kollegen und insbesondere den Präsidenten Prof. Peter Schenk und Wolfgang Riehle, denen er acht bzw. zwölf Jahre zur Seite stand – und erklärte mit Blick auf die nahe Zukunft. „Wolfgang Riehle ist ein Glücksfall für die Kammer.“

„Liberal oder streng?“

Vizepräsident **Prof. Sebastian Zoepritz** begann seinen Bericht mit einem Überblick über die Arbeit der Projektgruppe Honorarkalkulation/Bürokostenplanung. „Rechnen wird von Architekten tendenziell vernachlässigt“, so Zoepritz. Nach der Devise „Tue Gutes, rede darüber und stelle es in Rechnung“ hat die Projektgruppe ihre Arbeitsergebnisse in einer Artikelserie sowie einer Veranstaltung publik gemacht.

Eine weitere, neu gegründete Projektgruppe beschäftigt sich mit Eintragungsvoraussetzungen, denn „das Bachelor-/Master-Geschehen treibt so manche bunte Blüte“, wie Zoepritz weiß. „Wollen wir liberal sein oder streng?“, fragte er mit Blick auf „unkonventionell gestaltete Studiengänge“ und die Herausforderungen



Prof. Sebastian Zoeppritz resümmierte seine Aktivitäten über acht Jahre als Vizepräsident

der Weiterbildung. Er bat dazu um Diskussionsbeiträge, ließ an seinem Ziel aber keinen Zweifel: „durch weitere Verbesserungen die ‚Marke Architekt‘ hochzuhalten“. In diesem Kontext berichtete Zoeppritz auch über die Aktivitäten des Akkreditierungsverbunds für Studiengänge der Architektur und Planung (ASAP), in dem er sich bis zu seinem turnusgemäßen Ausscheiden aus dem Vorstand u. a. mit der Formulierung fachlicher Kriterien und der Bestellung von Gutachtern engagierte. Nach wie vor betreut Zoeppritz den Arbeitskreis Aus- und Weiterbildung, der sich zurzeit mit einer nicht ungefährlichen Tendenz beschäftigte: nämlich dem Wandel von der Prozessakkreditierung, also der Beurteilung von Studiengängen, hin zur Systemakkreditierung, die Planungs- und Entscheidungsabläufe der Hochschulen insgesamt beurteile – für „die Architektur mit ihren besonderen Anforderungen an studentische Arbeitsplätze oder Werkstätten ein Nachteil im internen Wettstreit“.

Zudem wies Zoeppritz auf einen druckfrischen Flyer zum Stichwort „Wettbewerbe“ hin, der Auslobern die unterschiedlich Planungskonkurrenzen vergleichend vorstellt und für eine fachliche Betreuung von Verfahren wirbt.

Als „erfreuliche Aufgabe“ bezeichnete er seine Rolle als begleitendes Vorstandsmitglied im Haushaltsprüfungsausschuss der AKBW – nicht zuletzt dank der guten Vorarbeit der hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen. Mit Blick auf den Haushalt der Bundesarchitektenkam-

mer, an dessen Erstellung Zoeppritz beteiligt ist, kündigte er dagegen an, dass das Deutsche Architektenblatt den Kammern mittelfristig nicht mehr kostenlos angeboten werden könnte.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Baukosteninformationszentrum Deutscher Architektenkammern (BKI) bezeichnete Zoeppritz als „erfreulich“ – ein Effekt der „aggressiven Vermarktsstrategie“.

„Enges Zeitfenster“ für HOAI

Eva Schlechtendahl erinnerte zu Beginn ihres Rechenschaftsberichts an den „langen Kampf“ um eine „praktikable Novellierung“ der HOAI. „Dass Architekten daran beteiligt wurden, wertete sie als „großen Erfolg“. Parallel zur Novellierung wurden nach dem Beitritt der AKBW zum Ausschuss der Verbände und Kammern der Ingenieure und Architekten für die Honorarordnung e. V. (AHO) begleitende Honorarermittlungskonzepte erarbeitet.

Detailliert ging Schlechtendahl auf die zweite Stufe der HOAI-Novellierung ein. Aus der Vorgabe der Koalitionsvereinbarung, die den Reformprozess bis 2013 abgeschlossen sehen will, ergebe sich „ein sehr enges Zeitfenster, in dem die Facharbeitsgruppen von BAK und AHO zielgerichtet und intensiv Arbeit leisten müssen“. Derzeit werden in den Arbeitsgruppen des Bauministeriums neue Leistungsbilder wie das Thema „Planen und Bauen im Bestand“ oder „Leistungen im Brandschutz“ diskutiert. Nach Abschluss dieser Arbeit werde das Wirtschaftsministerium ein Gutachten beauftragen, das „angemessene und auskömmliche Honorare ermitteln soll“. Grundsätzlich zeigte sie sich überzeugt davon, dass die „kommende HOAI zusammen mit den „grünen Heften“ des AHO ein Gesamtfundament“ schaffen werde, „auf dem wir unsere Honorarangebote aufbauen und den Bauherren plausibel darstellen können“.

Mit Perspektive auf die Fort- und Weiterbildung stellte Schlechtendahl die Vorteile der Integration des Instituts Fortbildung Bau (IFBau)



Vizepräsidentin Eva Schlechtendahl vertritt in Sachen HOAI die AKBW beim AHO

in die Architektenkammer Baden-Württemberg Körperschaft des Öffentlichen Rechts dar. „Damit schaffen wir ein inhaltlich und wirtschaftlich noch besseres Instrument zur Weiterbildung“, das zudem um neue Seminarformen und Ausbildungsprogramme erweitert wird. Beispielsweise nannte sie den Ausbau der „Afterwork“-Reihe, die auch regional angeboten werden soll, Inhouse-Seminare sowie den Masterstudiengang „Planen und Bauen im Bestand“.

Bei der Ausbildung von Sachverständigen durch die AKBW ist beim Architekten relevanten Sachgebiet „Schäden an Gebäuden“ inzwischen zumindest eine süddeutsch-regionale Zusammenarbeit erreicht worden. Beim Sachgebiet „Immobilienbewertung“ wurde 2010 erstmals eine bundesweit einheitliche Überprüfung durchgeführt. Um die Präsenz der Architektenachverständigen weiter zu stärken, werden laut Schlechtendahl weitere Maßnahmen diskutiert.

Schlechtendahls dritter Arbeitsschwerpunkt liegt in der Begleitung des Arbeitskreises der Architektinnen. Über seine klassischen Themenpunkte hinaus hat der Arbeitskreis 2010 in Vorabgesprächen die besondere Situation von Architektinnen innerhalb des VersorgungsWerks erörtert – mit externer Hilfe und im Vergleich zu anderen Berufsgruppen. Die Diskussion wird sicher auch ein Thema der diesjährigen Jahrestagung der Architektinnen sein, die am 13. Mai im Haus der Architekten in Stuttgart stattfinden soll.

Acht Wahlen zum Landesvorstand



Wolfgang Riehle mit überwältigender Mehrheit für eine vierte Amtszeit bestätigt



Gewählt zur Vizepräsidentin: Beatrice Solty, Architektin und Baubürgermeisterin in Fellbach



► In seiner Bewerbungsrede entwarf **Präsident Wolfgang Riehle** seine Vision der künftigen Kompetenz von Architekten, die an der „Tatsache“ orientiert „dass es uns allen erst wieder besser gehen wird, wenn es uns gelingt, ein deutlich größeres Stück vom Kuchen ‚Planen und Bauen‘ für uns abzuschneiden.“ Voraussetzung hierfür sei ein breites Leistungsangebot. „Unerheblich“ müsse dabei „das Schubladendenken“ nach Fachrichtungen und Tätigkeitsarten werden, nötig dagegen sei, „uns vielmehr daran zu orientieren, was der Markt von uns erwartet – oder noch selbstbewusster: was wir vom Markt wollen“, um Aufträge vermehrt „selbst zu generieren“. Für zwingend hält Riehle die interdisziplinäre Zusammenarbeit über die Ebene der „Fachingenieure“ hinaus. Er wünsche sich „ein Klima der Vernetzung“.

Als konkrete Herausforderungen nannte Riehle veränderte Modalitäten der Kammerwahl, um die Beteiligung zu stärken. Die Verjüngung der Gremien sowie mehr Frauen darin, sei dabei eine zentrale Aufgabe. Als „nicht mehr haltbar“ bezeichnete er es, dass es eine Alterbeschränkung für Berufungsämter gibt, während dies für Wahlämter nicht gelte. Eine einheitliche Regelung sei geboten. Allerdings: Bei allen wünschenswerten Zielen und Überprüfungen, auch der Kammerstruktur, warnte Riehle davor, „das Aktivitäten-Schwungrad immer schneller zu drehen“. Eine „Aufblähung unseres Apparats“ lehnte er ab. Nachhaltigkeit müsse auch in der Kammerarbeit oberstes Prinzip werden.

„Ich bin ein Alt-68er“, bekannte **Sebastian Zoepritz**, seit 2002 Vizepräsident, zu Beginn seiner Bewerbungsrede. Nach wie vor stehe er für eine Kultur des offenen Gesprächs. Auch in Bezug auf den Bologna-Prozess, dessen „Verfechter“ er sei. Dabei wolle er sich in den kommenden vier Jahren um den Spagat zwischen dem „Schutz der Marke Architekt“ auf der einen und der „Offenheit für neue Wege“ auf der anderen Seite bemühen. In Bezug auf sein haushaltspolitisches Engagement auf landes- und bundespolitischer Ebene versprach er, weiterhin auf die „berufspolitische Relevanz der Ausgaben“ zu achten.

Ebenfalls schon zwei Legislaturperioden lang trägt **Eva Schlechtendahl** als Vizepräsidentin Verantwortung. Solidarität, Regionalität und Kollegialität hießen die Schlagworte, unter denen sie ihre wichtigsten Ziele der kommenden vier Jahre vorstellte. So wolle sie sich weiterhin für die Erkenntnis „Gemeinsam sind wir stärker“ und gegen Preiskämpfe stark machen. Differenzierung und Ausgewogenheit seien im Hinblick auf regionale Unterschiede vonnöten, und Kollegialität schlicht ein Gebot der Vernunft. „Wenn wir ein perfektes Angebot offerieren wollen, brauchen wir Kooperationen“, so Schlechtendahl.

Für das neue Gesicht im Vorstand hatte Dr.-Ing. Eckart Rosenberger in seiner Abschiedsrede geworben: „Als gestandene Architektin hat **Beatrice Solty** in den Hoch-

bauämtern Heilbronn und an maßgeblicher Stelle in Ludwigsburg Beispielhaftes geleistet.“ Die Kandidatin selbst, seit Mai 2008 Baubürgermeisterin der Stadt Fellbach, nannte „die Stärkung der Sachkompetenz in den Verwaltungen“ als ein zentrales Anliegen. Kommunen, die statt Experten lieber Juristen oder Verwaltungsfachleute engagierten, „nehmen sich eine Chance“, sagte sie.

Drei neue Fachrichtungsvertreter gewählt

Gleich drei Wechsel gab es bei den Vertretern der ILS-Fachrichtungen: Die scheidende Vertreterin der Fachrichtung Innenarchitektur, **Brigitte Banzhaf**, zog dabei ein positives Fazit ihrer zwölfjährigen Amtszeit – nicht nur dank des enorm erfolgreichen Symposiums „Lebensräume 2050“ im September 2010. Die „Daueraufgabe Öffentlichkeitsarbeit“ habe sich für die Innenarchitekten gelohnt. „Es gibt ein neues Selbstbewusstsein“. Daran anknüpfen will Banzhaf Nachfolgerin **Diana Wiedemann**. Eine Verbesserung und Vereinheitlichung der Studien- und Ausbildungssituation steht ebenfalls auf ihrer Agenda, zudem will sie mehr Kollegen zum Kammerbeitritt bewegen. Die freie Innenarchitektin aus Ehrenkirchen wurde von 79 der 102 Wahlberechtigten gewählt, auf ihren Mitbewerber Elmar Zalfen (Sölden) entfielen 18 Stimmen.

Über einen Imagewandel freute sich auch **Jürgen Lehnhoff**. „Vor einigen Jahren wurden wir Landschaftsarchitekten noch als Rasenmäher be-



Für die Innenarchitekten folgt im Landesvorstand auf Brigitte Banzhaf (links) Diana Wiedemann



De Vertretung der Landschaftsarchitekten über gibt Jürgen Lehnhoff (links) an Christof Luz



Die Nachfolge von Dr.-Ing. Bernd Fahle (links) für die Stadtplaner tritt Matthias Schuster an

grüßt“, erinnerte sich Lehnhoff, der zwei Jahrzehnte lang im Vorstand die Interessen seiner Fachrichtung vertreten hatte. Allerdings mahnte er im Hinblick auf die anstehende Evaluierung der Berufsanerkennungsrichtlinie weiteren Reformbedarf an. „Wir wollen die gleiche automatische Anerkennung wie die Kollegen des Hochbaus.“ Bei seinem Nachfolger **Christof Luz** stieß er damit auf offene Ohren. „Wir sind auf dem Weg vom Knecht zum kleinen Bruder“, so Luz in seiner launigen Bewerbungsrede. „Jetzt wollen wir auch Partner werden. Ich jedenfalls sehe mich in erster Linie als Architekt.“ Der Stuttgarter erhielt 60 Stimmen, sein Mitbewerber Markus Gundelfinger (Schwäbisch Hall) errang 37 Stimmen.

Auf drei Amtszeiten blickte **Dr.-Ing. Bernd Fahle** bei seinem Abschied zurück – zwölf Jahre, in denen Themen der Stadtplanung angesichts von Schrumpfungsprozessen und eines immer stärker werdenden Wettbewerbs von Städten „viel wichtiger“ geworden seien. Allerdings müssten Stadtplaner heute auch „viel ganzheitlicher denken und viel schneller und präziser zu Ergebnissen kommen“. In Fahles Fußstapfen tritt **Matthias Schuster**. Der Stadtplaner aus Stuttgart erhab die Stärkung des Berufsbilds nach außen wie innen zum Schwerpunkt seiner Arbeit. Im Blick auf Ausbildung sieht er noch manches Fragezeichen. Er wolle dazu beitragen, „die gesetzlichen Vorgaben mit Inhalten zu füllen“.

Als Vertreter der baugewerblich tätigen Architekten wurde **Klaus Wehrle** (Gutach) im Amt bestätigt. Zuvor hatte Wehrle betont, dass

„Baukultur und Wirtschaftlichkeit keine Widersprüche“ seien. Architekten seien „Generalisten“, die Zurückgewinnung klassischer Aufgabenfelder daher sein Ziel. Darüber hinaus entwickelte Wehrle Wachstumsperspektiven. So stünden allein im Bereich der energetischen Gebäudesanierung Milliardeninvestitionen an.



Klaus Wehrle freute sich über seine Wiederwahl als Vertreter der baugewerblich tätigen Architekten im Landesvorstand

Der neue Landesvorstand (jeweils von links)

1. Reihe: Beatrice Soltys, Architektin, Fellbach; Eva Schlechtendahl, Freie Architektin, Schallstadt; Susanne Kletzin, Architektin, Stuttgart; Matthias Schuster, Freier Stadtplaner und Freier Architekt, Stuttgart
2. Reihe: Christof Luz, Freier Landschaftsarchitekt, Stuttgart; Prof. Sebastian Zoepritz, Freier Architekt und Freier Stadtplaner, Stuttgart; Wolfgang Riehle, Freier Architekt und Freier Stadtplaner, Reutlingen; Matthias Grzimek, Freier Architekt, Kirchheim/Teck
3. Reihe: Rolf Sutter, Architekt, Freiburg; Monika Fritz, Architektin, Rottenburg; Prof. Winfried Engels, Freier Architekt, Reutlingen; Peter Mauritz, Architekt, Karlsruhe
4. Reihe: Eckhard Bull, Freier Architekt, Freiburg; Klaus Wehrle, Architekt und Stadtplaner, Gutach; Diana Wiedemann, Freie Innenarchitektin und Freie Architektin, Ehrenkirchen; Prof. Rudolf Kleine, Freier Architekt, Karlsruhe



Fotos: Uwe W. Beier

Plädoyer für den ganzheitlichen Blick

► Mit höchst anregenden Gedanken eröffnete **Sigurd Trommer**, seit September Präsident der Bundesarchitektenkammer, den zweiten Sitzungstag. Vor seiner Wahl hatte der Diplomingenieur zuletzt 16 Jahre lang als Stadtbaudirektor in Bonn den Transformationsprozess der ehemaligen Bundeshauptstadt maßgeblich mitgestaltet. Auf seinen Berufsstand sieht Trommer indes noch wesentlich größere Aufgaben zu kommen: Klimawandel und Ressourcenschutz, Sicherheit, die weiter wachsende Mobilität von Menschen und Unternehmen – „eine solche Zusammenballung von Umbrüchen hat es seit Jahrhunderten nicht gegeben“, so Trommer eindringlich. Architekten seien für solche Aufgaben prädestiniert und gefordert zugleich, „weil kaum ein Berufsstand so breit aufgestellt ist, und weil wir es sind, die die Strukturen planen, in denen Menschen leben“. Aber, so Trommers Befund: „Wir spielen nicht mit. Wir reden bloß darüber.“ Kein Wunder, dass das Sozialprestige in den vergangenen Jahrzehnten gesunken sei, und umso bedauerlicher, dass unter den 736 Mitgliedern des Europäischen Parlaments ganze vier Architekten seien. Dabei gehe es gerade jetzt darum, „Ideen zu entwickeln – in die Gesellschaft hinein und für die Gesellschaft. Die Menschen sind doch süchtig nach gutem Rat!“

Konkret entfaltete Trommer sein Plädoyer für den Blick aufs große Ganze am Beispiel der Nachhaltigkeit. So richtig es sei, einzelne Gebäude energieeffizient zu sanieren, „die eigentliche Aufgabe ist doch, eine Stadt, eine ganze Region klimaneutral zu machen“. Seine Empfehlung: „raus aus dem Hamsterrad, rein in den Hubschrauber“ – erst so würden Zusammenhänge erkennbar. Zu welch scharfen Kontroversen große Entscheidungen bisweilen führen, hat Trommer in Bonn erfahren. Ganz bewusst ließ er mitten in der Stadt ein Müllheizkraftwerk bauen. Die Entscheidung würde er wieder treffen: „Wir müssen diskutieren – aber wir müssen uns auch bekennen!“



Der neue „BAK-Präsident“ Sigurd Trommer zu Gast in Friedrichshafen

wies **Wolfgang Riehle** hin, sei „eher problematisch“. Schließlich verlange das Architektengesetz von der Kammer sogar eine Haltung. Daher schlug der Vorstand den Delegierten eine mehrstufige Abstimmung vor.

Sollen wir uns als Kammer zu uns betreffenden professionellen Fragen äußern? Und soll eine offizielle Stellungnahme erarbeitet werden? Nachdem die Delegierten auf beide Fragen mit einem eindeutigen Ja geantwortet hatten, erarbeitete das Präsidium einen Beschlussvorschlag, der bei sechs Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen wurde. Drei Tage vor Heiner Geißlers Schlichterspruch bekräftigte die AKBW darin ihre zuletzt 2007 öffentlich erklärte konstruktiv kritische und im Ergebnis positive Begleitung des Projektes, forderte aber zugleich „Transparenz, Offenheit und Nachvollziehbarkeit“ sowie die „Umsetzung eines differenzierten, lebendigen und kleinmaßstäblich strukturierten Konzepts für eine stufenweise innerstädtische Entwicklung in Stuttgart“.

Der Beschluss war der Höhepunkt einer „denkwürdigen LVV“ (Wolfgang Riehle), markiert jedoch nur eine Zwischenetappe der Diskussion. So wird „Stuttgart 21“ nicht nur Thema der Gespräche sein, zu denen die Architektenkammer am 19. Januar Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien im Vorfeld der Landtagswahl (27. März) eingeladen hat. Zusätzlich will die AKBW im Rahmen einer von Sebastian Zoeppritz koordinierten, vierteiligen Veranstaltungsreihe im ersten Halbjahr die Grundlage für weitergehende Vorschläge schaffen.



Foto: Sebastian Zoeppritz

S 21: 20 Wortmeldungen, ein Beschluss

Nicht verwunderlich nach solchen Sätzen, dass Trommer sich auch den Höhepunkt des Tages nicht entgegen ließ: die mit Spannung erwartete Aussprache über „Stuttgart 21“. Eröffnet wurde sie von **Sebastian Zoeppritz**, der an die lange Baugeschichte erinnerte.

Es folgte eine intensive, teilweise kontroverse Diskussion mit insgesamt 20 Wortmeldungen. „Aus der Ferne kann man leicht dafür sein, je näher man kommt, umso kritischer wird man“, beklagte **Hans-Dieter Kaiser** stellvertretend für die Kritiker, **Friedrich Rau** sprach gar von einer „Blamage“. Fragt sich nur, für wen, entgegnete **Sebastian Sage**, der es für „sehr problematisch“ erachtete, „dass Architekten in der Öffentlichkeit behaupten, ein Baustopp sei ohne erhebliche Mehrkosten und Verzögerungen möglich“. Unterstützung fand er dabei bei weiteren Rednern, die erklärten, es könne beim derzeitigen Stand des Verfahrens nicht mehr um die Frage des „Ob“, sondern nur noch um die „Prozessqualität“ gehen.

Was also tun aus Kammersicht? Der vermeintliche Königsweg der Neutralität, darauf

S21: der Beschluss

Die Architektenkammer Baden-Württemberg hat das Projekt Stuttgart 21 seit Beginn der Planungen und in verschiedenen Abwägungsprozessen konstruktiv kritisch und im Ergebnis positiv begleitet.

Die Landesvertreterversammlung hat am 27. November 2010 in Friedrichshafen eine intensive und in Teilen kontroverse Diskussion über die aktuelle Haltung des Berufsstandes geführt, um ihre bisherige Positionierung zu überprüfen.

Zusammenfassend wird festgestellt:

- ▶ Die Bereitschaft der Architekten und Stadtplaner Baden-Württembergs zur engagierten Begleitung des Projekts wurde erneuert.
- ▶ Der Berufsstand konzentriert sich auf die von ihm fachlich vertretenen Themen Stadtentwicklung, Städtebau, Freiflächen und Architektur.
- ▶ Dabei wird eine Verfahrenskultur eingefordert, die sich durch Transparenz, Offenheit und Nachvollziehbarkeit auszeichnet.
- ▶ Die Umsetzung eines differenzierten, lebendigen und kleinmaßstäblich strukturierten Konzepts für eine stufenweise innerstädtische Entwicklung in Stuttgart wird gefordert.
- ▶ Als Grundlage für weitergehende Vorschläge wird die Architektenkammer einen Zyklus von Informations- und Diskussionsveranstaltungen im ersten Halbjahr 2011 durchführen.

Zum Redaktionsschluss standen die Termine der Veranstaltungsreihe **Z 21** noch nicht fest. Wir veröffentlichen diese unter www.akbw.de > Veranstaltungen.

Von Finanzen, Töchtern und dem Web

Haushalt und Finanzen

Der Jahresüberschuss der AKBW betrug im Berichtsjahr 2009 250.663,00 Euro (gegenüber 328.156,72 Euro im Vorjahr). Dieser Betrag wird der Betriebsmittelrücklage der AKBW zugeführt. Für das Jahr 2010 rechnet **Hans Dieterle** mit einem Plus von 180.000 Euro.

Steigende Mitgliederzahlen und -beiträge führten 2009 zu Mehreinnahmen in Höhe von 94.000 Euro. Mit einer Stagnation ist laut Dieterle erst ab 2015 zu rechnen. Dass das Gesamtergebnis dennoch etwas schwächer ausfällt, ist insbesondere auf höhere Zuschüsse für das IfBau zurückzuführen, auf die Dieterle, auch im Hinblick auf interne Zahlungsströme der AKBW-Gruppe, detailliert einging. Nachdem das IfBau im Berichtsjahr ein Minus von 271.642 Euro erzielte, sollen es 2010 und 2011 nur noch 70.000 Euro sein. Diese Zuschuss an das IfBau sei, so Dieterle, als Umsetzung des gesetzlichen Auftrags der Architektenkammer Baden-Württemberg zu verstehen, die Weiter- und Fortbildung ihrer Mitglieder zu fördern.

Im Anschluss an die Ausführungen des Wirtschaftsprüfers **Günter Hartmann** sowie die Stellungnahme des Haushaltsprüfungsausschusses unter Leitung von **Josef Schelkle** beschloss die LVV einstimmig, den Landesvorstand zu entlasten und Hartmann mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2010 zu beauftragen.

Die vier Mitglieder des Haushaltsprüfungsausschusses – Gustav Marohn (Bezirk Stuttgart), Sven Plachetka (Bezirk Karlsruhe), Wolfgang Reichle (Bezirk Freiburg) und Josef Schelkle (Bezirk Tübingen) – wurden mit großer Mehrheit in ihren Ämtern bestätigt. 2011, so der Beschluss der Delegierten, sollen drei zusätzliche Mitglieder gewählt werden.

Bekanntmachung

Mit der einstimmigen Zustimmung zur „Gewinn- und Verlustrechnung 2011 Plan“ bestätigt die Landesvertreterversammlung auch die am 28. November 2009 beschlossene Beitragsstruktur für die Jahre 2010 bis 2013 (freie und baugewerblich tätige Mitglieder 400,- Euro; angestellte und beamtete Mitglieder 200,- Euro; AiP/SiP 50,- Euro; Mitglieder ab 65 Jahren ohne Berufsausübung 50,- Euro).

HoefA als Standardverrechnungsstelle?

Aktuell hält die AKBW noch fünf Prozent der Anteile an der Honorareinzugsstelle für Architekten (HoefA) GmbH. Somit stand HoefA-Geschäftsführer **Karsten Meurer**, selbst zu 95 Prozent Anteilseigner, im Rahmen der LVV 2010 dem Minderheitsgesellschafter Rede und Antwort. Dabei ging der Rechtsanwalt nach einem historischen Abriss seit der Gründung 2005 vor allem auf die aktuellen Tätigkeitsfelder der HoefA ein. Diese reichen von Inkassomahnungen und Bonitätsauskünften über Prozessfinanzierungen bis hin zu Honorarabtretungen und dem Erstellen von Mahnbescheiden.

Neu im Dienstleistungsportfolio ist das Aufstellen von Schlussrechnungen – „ein Thema, das Fahrt aufnimmt“, wie Meurer im Hinblick auf aktuelle Statistiken erläuterte. Insgesamt bearbeitete die HoefA von Januar bis November 2010 etwa 150 Akten aus ganz Baden-Württemberg. Zu ihren Kunden zählen zudem verschiedene Architektenkammern sowie seit Sommer 2010 auch die Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz.

Auf Antrag des Kammerbezirks Karlsruhe beschloss die LVV, den Vorstand prüfen zu lassen, ob die HoefA künftig als Standardverrechnungsstelle für Architektenverträge mit der öffentlichen Hand fungieren soll.



IFBau wird Teil der AKBW-Gruppe

Einstimmig hat die LVV die Integration des Instituts Fortbildung Bau in die Architektenkammer Baden-Württemberg Körperschaft des Öffentlichen Rechts zum 1. Januar 2011 beschlossen. Die Auflösung der IFBau gGmbH zum 31. Dezember 2010 war nicht zuletzt aus datenschutzrechtlichen Geboten nötig geworden. Darüber hinaus erwartet Dipl.-Ing. **Peter Reinhardt**, Geschäftsführer des IFBau, von der Einbettung als vierter Geschäftsbereich der AKBW Vorteile im Hinblick auf Synergien und eine weitere Professionalisierung der Institutsarbeit.

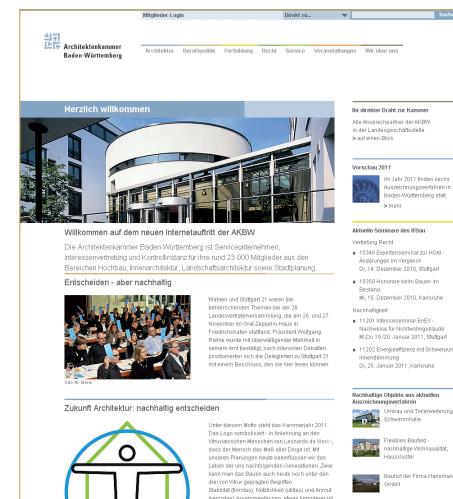
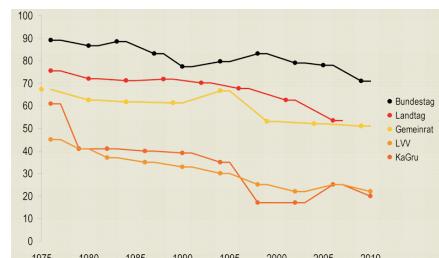
„Leben heißt lernen“ – unter dieses Motto hatte Reinhardt seinen Vortrag gestellt. Dem lässt das IFBau eine jährlich wachsende Zahl von Veranstaltungen folgen. Waren es 2009 noch 252 Veranstaltungen, und damit 10,5 Prozent mehr als 2008, waren es 2010 insgesamt 314 Fortbildungsevents. „Wir haben das hohe Niveau verstetigt“, freute sich Reinhardt über 7.300 Teilnehmer, davon 5.217 kostenpflichtige und 1.733 bei Sonderveranstaltungen. Rein statistisch besucht damit etwa jedes vierte AKBW-Mitglied einmal jährlich das IFBau. „Wir betrachten Sie als unsere Kunden“, verspricht Reinhardt auch für die Zukunft.

Schwache Wahlbeteiligung

„Unser Ziel, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, haben wir nicht erreicht“: Zu diesem Fazit kam **Hans Dieterle** in seinem Bericht zu den Kammerwahlen 2010. Im Gegenteil: Im Vergleich zu 2006 sank die Wahlbeteiligung sogar nochmals – von 25 Prozent im Jahr 2008 auf 20 Prozent bei den Kammergruppenwahlen und 22 Prozent bei der Landesvertreterversammlung. Überproportional schwach fiel dabei die Wahlbeteiligung der AiP und SiP aus (11,2 Prozent), im Gegensatz zur Wahlbeteiligung der Über-65jährigen. Frauen beteiligten sich entsprechend den absoluten Mitgliederzahlen, die regionale Streuung war im Vergleich zu vorigen Wahlen schwächer ausgeprägt.

Insgesamt ein enttäuschendes Ergebnis, „und dies trotz hoher Wahlmotivation und vielen Anreizen“, wie Dieterle feststellte. Was lässt sich daraus für die Zukunft lernen? Die vor zwei Jahren aufgestellte These, eine größere Auswahl führe auch zu mehr Beteiligung, bestätigte sich offenbar nicht, dass Quoten die Wahlbeteiligung verringern und das Ergebnis „verfälschen“, dagegen schon. Ob ein einfacherer Zugang zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung beitragen kann, müsse in einem zweiten Anlauf noch einmal überprüft werden, so Dieterle. Diskussionsforen und Online-Befragungen zwischen den Wahlen könnten hierzu ebenfalls probate Mittel sein. Über ein passives Wahlrecht für AiP und SiP sei zu diskutieren.

Wahlbeteiligungen im Vergleich: der Trend geht allgemein abwärts, bei den Wahlen für die Landesvertreterversammlung und in den Kammergruppen liegt die Beteiligung nur noch bei 20 Prozent



Nach acht Jahren ab 20. Januar im neuen Gewand: www.akbw.de

Neue AKBW-Webseite

Ab 20. Januar ist die neue Webseite der AKBW online. Nach dem überfälligen Relaunch wirkt sie nicht nur einheitlicher und übersichtlicher, sondern bietet darüber hinaus zahlreiche neue Funktionalitäten. So unterstützt das neue Grenienportal für Kammergruppen diese beim Verwalten von Adressen, Einfügen von Pressemeldungen und vielem mehr. Die Schulungstermine für die Ehrenamtlichen der einzelnen Bezirke finden im Februar statt.

Jens Poggendorf

Der Jahresabschluss 2009, der Plan 2011, sowie der „Daten&Fakten“-Bericht 2010 können bei Petra Springer in der Landesgeschäftsstelle angefordert werden (Tel. 0711/2196-127 oder springer@akbw.de).

Reden von der Landesvertreterversammlung 2010 finden Sie zum Download unter www.akbw.de > Berufspolitik